

# Kommunismus und (Staats-)Bürgerschaft

## Überlegungen zur emanzipatorischen Politik<sup>1</sup>

*Étienne Balibar*

1.

Ich möchte mit dem beginnen, was ich, ohne falsches Pathos, die »Meinungsverschiedenheit« zwischen Nicos Poulantzas und mir nennen würde, die in Form einer Debatte über die zentrale Frage des Staates darzustellen mir sinnvoll erscheint. Das bringt mich unmittelbar zu Fragen der Politik heute.

Eine Spur des Dissenses findet sich in zwei Kritiken, die Poulantzas in seinem letzten Buch, *Staatstheorie* (1978)<sup>2</sup>, formuliert. Die eine besagt, dass die Frage nach der fehlenden Theorie des Politischen im Marxismus schlecht gestellt ist, wenn man sie als die simple Forderung nach einer »allgemeinen Theorie vom Staat« versteht, denn was wirklich fehlt, ist eine spezifische Theorie des kapitalistischen Staates. Die andere wendet sich gegen die »eschatologischen und prophetischen Dogmatismen«, die zuletzt in dem – im Rückblick lächerlichen – Versuch von einigen von uns sichtbar wurden, die Diktatur des Proletariats in dem Augenblick zu »verteidigen« oder noch einmal zu »überdenken«, als sie von den kommunistischen Parteien bereits offiziell fallengelassen worden war.

Poulantzas' Vorschlag, den kapitalistischen Staat als eine »materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen« zwischen den Klassen aufzufassen, erschien einigen von uns zweifelhaft. Nicht nur weil er die historische Materialität der Staatsapparate zu vernachlässigen schien, sondern auch weil die »Autonomie« des Staates vor allem seine relative Unabhängigkeit von den Interessen der herrschenden Klasse und dem dahinter stehenden Kapital anzuzeigen schien. Daraus resultieren zwei sehr unterschiedliche Arten, die Wirkung des in den populären Massenbewegungen enthaltenen Moments radikaler Demokratie auf den Staat bei einem möglichen sozialistischen Übergang zu denken: Entweder als Zerschlagen der Apparate, als Entstehung

eines »Nicht-Staats«, oder als radikaldemokratische Transformation der Funktionsweise des Staates durch die Herausbildung eines neuen Machtverhältnisses und einer neuen Hegemonie über die intermediären Klassenfraktionen.

In Bezug auf die »Verdichtung der Kräfteverhältnisse« oder »das relationale Verständnis des Staates« stimme ich seit langem mit Poulantzas darin überein, dass es nur ein solches Verständnis erlaubt, dem Mythos der »Äußerlichkeit« der revolutionären Kräfte im Verhältnis zur Funktionsweise des Staates im fortgeschrittenen Kapitalismus ein Ende zu bereiten. (Am Ende meines Essays komme ich auf die Thematik der »Äußerlichkeit« und »Innerlichkeit« zurück, die mir im vorliegenden Fall grundlegend zu sein scheint.) Darüber hinaus möchte ich weiter gehen, als Poulantzas es damals tat, was die dem Staat inhärente Dialektik der Übersetzung und Transformation der Klassenkonflikte angeht: Denn in die Analyse des kapitalistischen Staates sind nicht nur die strategischen Effekte der Klassenverhältnisse, die dem »Block an der Macht« inhärent sind, und auch nicht bloß die »Errungenschaften« der Kämpfe zwischen den herrschenden und den beherrschten Klassen, zwischen Kapital und Arbeitern einzubeziehen, sondern zugleich die institutionellen Modi der Regulierung dieser Kämpfe und im Gegenzug ihre Wirkung auf die Bestimmung der Klassen selbst, angefangen mit der Arbeiterklasse.

Aus diesem Grund schlage ich eine präzise definierte Verwendung der Kategorie des national-sozialen Staates (*État national social*) vor, um an bestimmten Fragestellungen zu den Transformationen des politischen Feldes weiterzumachen, denen Poulantzas im Wesentlichen seine Arbeit widmete.

Auf der anderen Seite geht es darum, die Staatstheorie und die epistemologischen Probleme, die sie betreffen, mithin die Idee einer »relationalen Theorie«, voranzubringen. Es gibt nicht nur keine »Substanz« oder gegebene Objektivität des Staates außerhalb der »Geschichte seiner Konstitution und Reproduktion« (23), sondern man kann den Staat auch nicht von den Konfigurationen der sozialen Verhältnisse »trennen«. Auch wenn der Staat nicht aufhört, sich als »Motor« darzustellen, ist er immer nur die Ordnung und Aneinanderreihung der *Effekte*, selbst wenn einige unter ihnen sehr dauerhaft sind und sich alle in eine institutionelle Materialität einschreiben. Dem muss man Folgendes hinzufügen: Die sozialen Verhältnisse, von denen wir hier sprechen, können nicht auf Klassenverhältnisse oder ausbeuterische Produktions- und Reproduktionsverhältnisse reduziert werden (was aber nicht bedeutet, man könne diese Verhältnisse vernachlässigen oder vergessen): Es handelt sich außerdem um »ideologische« Verhältnisse, die unabhängig oder, wenn man so will, »überdeterminiert« sind. Ich würde jedoch eher von *symbolischen* Verhältnissen oder

Beziehungen sprechen, die im Element des kollektiven Imaginären erzeugt werden, denn der Begriff der Ideologie ist erheblich durch einen reduktionistischen Gebrauch geprägt. Der kombinierte Effekt der Klassen- und der symbolischen Verhältnisse in den determinierten institutionellen Handlungen folgt keinem invarianten Schema, weder in der »longue durée«, noch in der Konjunktur. Dies ist selbstverständlich ein wesentlicher Punkt, beispielsweise bei den Formen und aktuellen Auswirkungen des Nationalismus als aggressive und defensive Praxis des Staates (einschließlich dessen, was ich »supranationalen«, also etwa europäischen Nationalismus, nenne). Man könnte sagen, dass *der Staat* – in einer starken Bedeutung – *nicht existiert*, d.h. er existiert nicht als *eigenständige* Instanz. Das, was »existiert«, sind die Kräfte und die Kräfteverhältnisse (darin eingeschlossen die symbolischen und »immateriellen« Kräfte), die in der *Form Staat* materiell verbunden sind.

## 2.

Von diesen Prämissen aus, werde ich folgendermaßen vorgehen: Zunächst möchte ich an einige *politische* Vorschläge von Poulantzas erinnern, die die Krise des Staates und der staatlichen Praktiken betreffen, um einige Anmerkungen über die Allgegenwärtigkeit dieser »Krisen«-Thematik in unserem Diskurs zu formulieren, eine Thematik, von der besonders die Schriften Poulantzas' Zeugnis ablegen. Danach werde ich mich mit der Analyse des kapitalistischen Staates im Sinne eines »national-sozialen Staates« und mit seiner Krise beschäftigen. Schließlich werde ich eine Antwort auf das Problem skizzieren, das ich im Titel formuliert habe: das Problem einer emanzipatorischen Politik, die sich immer auf das Doppelverhältnis von Kommunismus und (Staats-)Bürgerschaft<sup>3</sup> beziehen muss.

Gehen wir von einigen in der *Staatstheorie* formulierten Thesen aus. Ich teile sie in zwei Gruppen, entsprechend dem weiter oben dargestellten kritischen Gegenstand. Es geht also zunächst um die Frage des Verhältnisses zwischen »dem Staat« und »den Volkskämpfen«, also um die Anwesenheit der beherrschten Klassen im Zentrum des Staates selbst, und um die Konsequenzen, die diese Anwesenheit für die Geschichte der Demokratie hat; ferner geht es um die Frage nach der »nationalen Form des Staates«, also um das Verhältnis zwischen Staat und Kapital, das vor

dem Horizont des Verhältnisses von revolutionärem Kampf und Nationform betrachtet wird.

Beginnen wir mit dem Staat und den beherrschten Klassen. Es ist bekannt, dass Poulantzas darauf besteht, dass die eigenständige Materialität des Staates anerkannt werden muss (gegen eine instrumentelle oder, umgekehrt, eine transzendente Vorstellung der Staatsmacht): Der Staat existiert nur als Dynamik, als Modalität einer historisch entwicklungsfähigen Wirkung der Klassenkämpfe, in der die Gesamtheit der sozialen Bewegungen artikuliert werden muss. Auf diese Dynamik bezogen könnte man sagen, dass die Form Staat in einem unendlichen Prozess immer gleichzeitig konstituierend und konstituiert ist.

»Es ist also theoretisch zu erklären«, schreibt Poulantzas in seinem Buch Staatstheorie, »wie der Klassenkampf, spezieller der politische Kampf und die politische Herrschaft, im institutionellen Gerüst des Staates eingeschrieben sind..., und zwar so, dass die unterschiedlichen Formen und historischen Transformationen dieses Staates erklärt werden können.« (116)

Um den Staat wirklich zu verstehen, muss man die Rolle erklären, die er gegenüber den herrschenden wie gegenüber den beherrschten Klassen spielt. Bei Poulantzas heißt es weiter:

»Der Staat konzentriert in sich nicht nur das Kräfteverhältnis zwischen Fraktionen des Blocks an der Macht, *sondern auch das Kräfteverhältnis zwischen diesem Block und den beherrschten Klassen*. ... Tatsächlich jedoch verlaufen die Volkskämpfe quer durch den Staat, und zwar nicht in der Weise, dass sie von außen in ein in sich geschlossenes Ganzes eindringen. Die politischen Kämpfe, die auf den Staat zielen, durchziehen seine Apparate, weil sie bereits in das Raster des Staates eingeschrieben sind, dessen strategische Konfiguration sie vorzeichnen.« (130, 131)

Ein wenig weiter im Text lehnt Poulantzas das Modell der »Doppelherrschaft« nicht nur als Schema des revolutionären Übergangs, sondern auch als Beschreibung der Spannungen und Widersprüche des demokratisch-kapitalistischen Staates zu Recht ab. Poulantzas weist damit nicht nur die Illusion der »Neutralität« des Staates, der über den Klassen stünde, zurück, sondern auch und viel subtiler ein gewisses »machiavellistisches« Verständnis, wonach sich die Konstitution des Staates auf die beherrschten Klassen selbst »stützt«, oder besser, auf die dynamische Konfiguration ihrer Kämpfe und Forderungen sowie auf die Potenzialität, die sie darin entwickeln. Dennoch kommt Poulantzas im letzten Abschnitt seines Buches und in seinen Schlussfolgerungen – immer aus der Perspektive der Kritik am marxistischen Instrumentalismus – ausführlich auf die Volkskämpfe und die Art, wie sie den Staat

durchziehen, zurück und legt vor allem dar, wie sich diese Effekte ins Herz der »ökonomischen Staatsfunktionen« einschreiben. »Einerseits existieren keine Staatsfunktionen zugunsten der Volksmassen, die auch von den Volksmassen eingesetzt sind und andererseits keine ökonomischen Funktionen zugunsten des Kapitals.« (Poulantzas 1978a, 238)<sup>4</sup> Er erwähnt dabei die Beschränktheit der »Beziehung zwischen der politischen und der ökonomisch-sozialen Demokratie«. Dies alles läuft auf eine Hauptthese zu, die ein wenig abstrakt bleibt, obwohl sie offensichtlich in seinem Plädoyer für einen »demokratischen Sozialismus« wesentlich ist; sie ist auf die repräsentative Demokratie bezogen, die immer als geschichtliche Verbindung der unterschiedlich starken populären Klassenkämpfe und des jeweiligen Entwicklungsstands der politischen Demokratie existierte.

Halten wir kurz inne, um das Fehlen eines Schlüsselbegriffs der politischen Tradition in Poulantzas' Terminologie hervorzuheben, dessen Gebrauch heute wieder fast allgegenwärtig geworden ist; ich möchte ihn nun selbst benutzen und dabei zumindest einen Teil der Verwirrung vermeiden, die seine Inflation mit sich bringt: Es ist der Begriff der *citoyenneté*, der (Staats-)Bürgerschaft. Obwohl man es nicht erwarten würde, wird dieser Begriff zumindest bei der Diskussion der Alternative zwischen Demokratie und Autoritarismus von Poulantzas tunlichst gemieden.

Das führt unmittelbar zu einer zweiten Gruppe von Thesen. Es ist bekannt, dass die Reflexion über die Form Nation und über den nationalen Charakter des kapitalistischen Staates sowie die daraus folgenden politischen Konsequenzen eine der Besonderheiten von Poulantzas' letztem Buch ausmachen. Dies nicht nur im Vergleich zu seinem bisherigen Werk, sondern auch im Vergleich zur Mehrheit der zeitgenössischen marxistischen wie nicht-marxistischen Politologie.

Ich muss gestehen, dass ich einige Jahre gebraucht habe, auch unter dem Eindruck einer neuen, durch das Wiederaufleben der Nationalismen in Europa und besonders in Frankreich markierten Konjunktur, um genau das als den »blinden Fleck« der marxistischen Theorie und als einen der entscheidenden Aspekte der Theoretisierung des Politischen zu bestimmen. Ich möchte in diesem Kontext auf zwei Formulierungen von Nicos Poulantzas aufmerksam machen.

Zunächst möchte ich die deutliche Kritik an allen Versuchen einer »Ableitung« der Form des nationalen Staates aus den Marktbeziehungen oder aus den Bedingungen der Kapitalzirkulation – im Kapitel »Die Nation« (85f.) – in Erinnerung rufen. Im »Prozess des Klassenkampfes« (108), der ein Prozess ohne Subjekt ist, oder sogar noch in der *politischen* Gestalt der Kräfte und Faktoren der Veränderung, die die Geschichtlichkeit des Kapitalismus ausmachen, ist nach dem Geheimnis jener

Artikulation von Kapitalismus, Staat und Nation zu suchen, welches dazu führt, dass diese nicht aufeinander reduzierbaren Begriffe in der Praxis stets zusammen auftreten.

»Die moderne Nation fällt tendenziell mit dem Staat zusammen in dem Sinne, dass der Staat sich die Nation einverleibt und die Nation in den Staatsapparaten Gestalt annimmt, denn sie wird zur Verankerung seiner Macht in der Gesellschaft und umreißt ihre Grenzen. Der kapitalistische Staat funktioniert auf der Grundlage der Nation.« (91)

Ich möchte weiterhin darauf aufmerksam machen, dass Poulantzas in den Studien zur nationalen Frage auf dem besteht, was ich den *Gesichtspunkt der Beherrschten oder der beherrschten Klassen* nennen möchte. Es ist klar, dass diese Frage nicht nur wichtig für die Analyse der Vergangenheit ist, sondern auch für die Lösung brennender »strategischer« Fragen. Dies führt uns zu den gleichzeitig gewagtesten und, man muss es betonen, missverständlichsten Formulierungen von Poulantzas (eine Missverständlichkeit, die nichts mit einem Unvermögen des Autors zu tun hat, sondern in der Sache liegt) und zwar dort, wo diese zu zwei auf den ersten Blick widersprüchlichen Thesen verknüpft werden: Einerseits soll die Wichtigkeit der nationalen politischen Formation als Rahmen sozialer Übergangsprozesse bekräftigt werden; andererseits muss man im Internationalismus der Arbeiterklasse eine fundamentale Eigenschaft der demokratischen Kämpfe und der Volkskämpfe sehen, und Poulantzas erklärt diesen Internationalismus im Laufe seiner weiteren Argumentation zu einem Ziel der revolutionären Praxis. In diesem Zusammenhang erwähnt er die Phänomene der Transnationalisierung des Kapitals ebenso wie die Partizipation der Migranten an den Massenkämpfen neuen Typs oder an den neuen Formen direkter Demokratie.

Letztlich allerdings führt die »dialektische Lösung« des Problems, wie das *spezifische Verhältnis* der Arbeiterklasse und ihrer Politik zur Nationform aussieht, dazu, bei kleinen Attributen wie »natürlich«, »gewiss« oder »authentisch« Zuflucht zu suchen:

»Der Nationalstaat als Einsatz und Ziel der Arbeiterkämpfe stellt auch die Wiederaneignung ihrer Geschichte durch die Arbeiterklasse dar. Das kann natürlich nicht ohne Transformation des Staates geschehen, damit ist aber auch die Frage eines gewissen Weiterbestehens dieses Staates unter seinem nationalen Aspekt beim Übergang zum Sozialismus gestellt. ... (Die) nationale Ideologie der Arbeiterklasse (muss) als zugleich richtiger Ausdruck des Internationalismus und als Auswirkung des bürgerlichen Nationalismus auf die Arbeiterklasse (angesehen werden); dieser

bürgerliche Nationalismus hätte dennoch nicht die massiven und fürchterlichen Auswirkungen auf die Arbeiterklasse haben können, die er gehabt hat – er führte sie in die Blutbäder der national-imperialistischen Kriege –, wenn er nicht auf der Materialität der Konstituierung und des Kampfes der Arbeiterklasse beruhte und mit dem authentischen Arbeiteraspekt der nationalen Ideologie verknüpft wäre.« (112f.) Was bleibt, ist, dass das Problem gestellt wurde und auch wir weit von einer Lösung entfernt sind.

Ich möchte, um diesen ersten Punkt abzuschließen, die folgende Bemerkung machen. Zwischen den beiden Argumentationssträngen – der eine fragt nach den Orten und Effekten der Volkskämpfe im Staat, der andere nach der nationalen Form des kapitalistischen Staates – bleibt eine Verschiebung und als Folge davon eine ungelöste Spannung bestehen, obwohl beide selbstverständlich auf ein und dasselbe Ziel zulaufen, nämlich in konkreten Begriffen die Notwendigkeit einer sozialistischen Demokratie und eines demokratischen Sozialismus zu begründen.

Im Grunde genommen scheint Poulantzas, obwohl er sich bewusst auf eine »relationale« Konzeption der Macht und des Staates zubewegte (er hat zu deren Begründung selbst beigetragen), gezögert zu haben, die strategische Bestimmung zu denken, wonach die Reproduktion und der Widerstand der Volksklassen sogar noch für die Regulierung der Konstitution des »Blocks an der Macht« entscheidend sind (während er nicht aufhört zu behaupten, dass »der Kampf der Klassen die Institutionen übersteigt«); andererseits scheint er dazu geneigt zu haben, die *grundlegende Bedeutung »der Nationform«* für den *kapitalistischen* Staat auf die Arbeiter- oder Volkskomponente des Nationalismus zu reduzieren (während sie doch ständig der Hegemonisierung durch den bürgerlichen Nationalismus ausgesetzt ist). Mit anderen Worten, einerseits räumt er den Arbeiterkämpfen in der Geschichte der Transformationen des kapitalistischen Staates nicht genug Geltung ein, andererseits gesteht er möglicherweise dem Nationalismus der Arbeiterklasse zuviel Autonomie gegenüber dem bürgerlichen oder herrschenden Nationalismus zu, genau in dem Moment, da er diesem Nationalismus die Aufgabe aufbürdet, den Weg für seine eigene Überschreitung zu ebnen.

### 3.

Ich werde also jetzt zum zweiten Punkt übergehen und versuche zunächst zu erklären, weswegen es mir nützlich erscheint, einen Teil der Fragen, die Poulantzas gestellt hat, in Begriffen einer Krise »des national-sozialen Staats« neu zu formulieren. Ich will versuchen, dies anhand zweier wechselseitig verbundener historischer Thesen zu bestimmen.

Die eine besteht in der Beobachtung, dass die Regulierung – und nicht, wie man manchmal zu Unrecht denkt, »die Integration« – der Klassenkämpfe durch die Sozialpolitik und die Institutionen zur kollektiven Sicherung zumindest eines Teiles der Lohnarbeiter, die als *État Providence*, *Welfare State* oder *Sozialstaat* bezeichnet wird, seit dem Ende des 19. Jahrhunderts absolut unentbehrlich für die Erhaltung der nationalen Form des Staates und damit seiner Hegemonie waren, einer Hegemonie, die bisweilen gleichzeitig durch interne (soziale, religiöse, ethnische Konflikte) und externe (Kriege, Kolonisation) Krisen und Widersprüche in ihrer Existenz bedroht war. Es gibt keine »natürliche« Beständigkeit oder Trägheit der Nation. Diese muss vielmehr durch eine bestimmte Politik »reproduziert« werden, die zu einem wesentlichen Teil Sozialpolitik war, teils durch Kämpfe selbst durchgesetzt, teils machiavellistisch »von oben« geschaffen. Aber die reziproke These lautet, dass die – letzten Endes zu Gunsten der herrschenden Klasse – vorgenommene Regulierung der Klassenkämpfe, allgemeiner, der sozialen Konflikte, niemals möglich gewesen wäre ohne den Prozess der Einsetzung der Form Nation, *dieser Form der privilegierten Gemeinschaft*, die sakralisiert und säkularisiert zugleich ist. (Man denke etwa an den »national-popularen Willen« bei Gramsci oder an die »Erfindung der Nation« bei Benedict Anderson). Dies ist der *cercle vertueux*, der es in der politischen Geschichte der Moderne erlaubt hat, zweifellos unter Einsatz von Gewalt, Zwang und Illusionen, sich zumindest für eine gewisse Zeit an bestimmten Orten und in bestimmten Grenzen einzurichten. Das institutionelle Resultat lässt sich meines Erachtens am besten »national-sozialer Staat« nennen, ohne den provokanten Klang des Ausdrucks zu fürchten, das heißt, ohne ihn als eine getarnte Variante des Nationalsozialismus zu verstehen, sondern im Gegenteil als eine Alternative zu der »Lösung«, die der Letztere im Rahmen einer bestimmten Konjunktur darstellte. Daran wird deutlich, dass es sich um eine eigenständige Phase in der Geschichte des Staates handelt, die »organisch« mit einer ganzen Periode der Geschichte des Kapitalismus verbunden ist; in ihr wurden zugleich unumkehrbare Effekte produziert, was die Konstitution der Klassen und ihre historischen Perspektiven angeht.

Diese These bedarf in meinen Augen zweier grundlegender Ergänzungen. Die eine betrifft die Transformation der Frage der (Staats-)Bürgerschaft, die andere deren Verhältnis zum Gegensatz von »Zentrum« und »Peripherie«.

Die Konstitution des national-sozialen Staates mündete darin, eine Äquivalenz zwischen (Staats-)Bürgerschaft und *Nationalität* zu »zementieren«, die tendenziell seit ihrer Gründung in die Nationalstaaten eingeschrieben ist, im Besonderen bei den aus den populären, sogenannten bürgerlichen Revolutionen des *Ancien Régime* hervorgegangen Staaten, die aber nie ohne Rest oder widerspruchsfrei war. Die große, typisch moderne Gleichung, die auf bewunderungswürdige Weise die Vieldeutigkeit eines Begriffs wie *citizenship* im US-amerikanischen Sprachgebrauch zum Ausdruck bringt, hat von nun an nicht nur eine formale »Volkssouveränität« zum Inhalt, sondern ein Ensemble sozialer Rechte, die dazu tendieren, der (Staats-)Bürgerschaft selbst einverleibt zu werden, selbst wenn diese Einverleibung stets umstritten ist. Sie sind, weit davon entfernt, mit den politischen Rechten in Widerspruch zu stehen (wie es die ganze Tradition des »reinen« Liberalismus gerne hätte), in gewissem Sinne *der politischste Teil der (Staats-)Bürgerschaft*. Diese Rechte transformieren die (Staats-)Bürgerschaft in eine *soziale*, die selbstverständlich in dem Maße Wirkmächtigkeit gewinnt, in dem ihre Sicherung und ihre Entwicklung auf der Zentralität der organisierten sozialen Kämpfe und ihrer Anerkennung im Staat basiert.

Die nationale Zugehörigkeit konstituiert im Gegenzug die Grundlage des Zugangs zu den sozialen Rechten, angefangen bei der Bildungs-, Wohnungs- und Gesundheitspolitik (all das, was Foucault »Bio-Politik« nennt), bis hin zur Arbeitslosen- und Altersversicherung. Wenn die »immigrierte« Arbeitskraft mehr oder weniger vollständig in das Feld der sozialen Rechte integriert ist, aber keine politischen Rechte hat, entsteht hier ein mächtiges Spannungsfeld und gegebenenfalls Gewalt. Die Verwirklichung einer neuen historischen Form von (Staats-)Bürgerschaft, die »soziale Staatsbürgerschaft« im Rahmen des hegemonialen national-sozialen Staates, leitet eine neue gesellschaftliche Dialektik zwischen dem Politischen und dem Klassenkampf ein. Man muss hier vor allem die herrschende Perspektive umstürzen und die politische Form »von unten«, oder anders gesagt, »aus der Perspektive derer da unten« betrachten. Um die Komplexität der Beziehungen zwischen Kapital und Staat in den Blick zu bekommen, muss man ebenso von der Idee einer »Ableitung« oder eines »Mechanismus« loskommen. Diese beiden Dinge gehören im Übrigen zusammen. Mehrmals betont Poulantzas, dass der zeitgenössische Staat einen Prozess der Individualisierung der Subjekte bewirkt. Hierbei handelt es sich um die grundsätzliche Dimension der (Staats-)Bürgerschaft, die bereits bei Hegel im Zent-

rum seiner Theorie der Verhältnisse zwischen bürgerlicher Gesellschaft und Staat angesiedelt ist. Aber die Entwicklung einer sozialen Staatsbürgerschaft zeigt, dass es keinen Gegensatz, sondern im Gegenteil eine strikte Komplementarität zwischen dem Individualisierungsprozess und der Entstehung von Kollektiven gibt, die ein Bewusstsein über ihre eigene Kultur entwickeln, wobei sie in den meisten Fällen, zumindest was die Arbeiterklasse anbelangt, historisch an Widerstand und Kampf gebunden sind. Umgekehrt sieht man auch, dass die Krise der sozialen Staatsbürgerschaft, die durch eine neue Phase der vermehrten Ausbeutung der Arbeitskraft hervorgerufen wird, die die nationalen Grenzen sprengt, auch eine Auflösung der kollektiven Vorstellungen und eine Rückentwicklung der individuellen Rechte zeitigt, was schließlich auch die Persönlichkeit selbst gefährdet, nämlich in Gestalt jener Ausschlussformen, die Robert Castel zurecht »Entkopplung« (*désaffiliation*) nannte (vgl. Castel 2000).

Die Durchsetzung des national-sozialen Staats verschärft und verlagert den Widerspruch zwischen mehreren Aspekten der Universalität, die für die politische Moderne charakteristisch sind. Diese verschiedenen Aspekte erscheinen immer gleichzeitig auf der symbolischen wie auf der realen Ebene, wobei die eine nicht weniger determinierend als die andere ist. Es ist, wenn man so will, eine Übersetzung der »Interiorisierung der globalen Widersprüche«.

Auf der einen Seite stellt die Entstehung einer sozialen Staatsbürgerschaft eine originäre und entscheidende Entwicklung dar, die wir als *intensive* Universalität bezeichnen können, d.h. eine Gleichheit, die nicht nur formell ist, sondern einen genau konturierten materiellen Gehalt hat. Es handelt sich um ein Ensemble sozialer Rechte, die in die (Staats-)Bürgerschaft eingeschrieben sind und aus jedem Individuum einen – wenn auch eingeschränkten – Quasi-Besitzer eines Teils des kollektiven Besitzes machen. Es ist durchaus wesentlich für diese Ansicht, dass die kollektiven Regime der sozialen Sicherheit nicht als Fürsorgeregime angesehen wurden, die als »umgekehrte Diskriminierung« besonders auf die Armen und Arbeiter zielten; vielmehr haben sie sich als universelle Regime dargestellt, von denen alle (*Staats-*)Bürger des jeweiligen Landes profitieren sollten, in jedem Falle aber alle Bürger, die am Arbeitsleben teilhatten, das dadurch auch als eine Grundlage der Bürgerschaft, der Zugehörigkeit zur »*cité*« fungierte. Genau das wird durch die Massenarbeitslosigkeit und die Expansion der neoliberalen Ideologie gerade mehr oder weniger grundsätzlich in Frage gestellt.

Aber andererseits bedeutet die Tatsache, dass die soziale Staatsbürgerschaft bloß in der beschränkten Form nationaler »Sozialpakete« im Rahmen eines national-

sozialen Staates existiert hat, offensichtlich eine Beschränkung der Universalität. Aus der Perspektive eines »extensiven« Universalismus kann man von einem Partikularismus sprechen. Nun ist der Augenblick gekommen, das Augenmerk auf eine beschränkende *materielle Bedingung* zu richten, die auf die Teilung der Weltwirtschaft in Zentrum und Peripherie verweist. Selbst und vor allem wenn der national-soziale Staat in den letzten hundert Jahren ein *ideales Modell* geworden ist, so steht doch außer Frage, dass er sich außer in den Ländern des imperialistischen Zentrums nicht wirklich vollständig verwirklicht hat. Aber diese Beschränkung der Universalität des national-sozialen Staates und die ihr zugrundeliegende ungleiche Entwicklung hat in der neuen Phase der Globalisierung dramatische Konsequenzen. Bestimmte kapitalistische Politiken zielen auf die Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiterklasse im Sinne einer massiven Reproletarisierung, doch bringt dies die staatliche Verfasstheit und die Institutionalisierung des Politischen in Gefahr. Es handelt sich nicht mehr nur um die Kluft zwischen »entwickelten« und »unterentwickelten« Ländern, zwischen einer in extremer Ausbeutung gehaltenen und einer dem Prozess der Proletarisierung tendenziell entrissenen Arbeiterklasse, die internationale Spannungen auf globaler Ebene schafft. Solche Spannungen kristallisieren sich etwa an Grenzen, welche die vormaligen Kolonisatoren und die Kolonisierten gleichzeitig trennen und vereinen. Man sieht das sehr gut am Beispiel der französisch-algerischen Grenze oder an der Grenze zwischen den USA und Mexiko. Es handelt sich um *Wohlstandsgefälle*, die sich im Rahmen eines jeden politischen Ensembles vertiefen und die Reproduktion von deren dynamischem Gleichgewicht in Frage stellen, in dem Maße, in dem die Unterscheidung zwischen Zentrum und Peripherie nicht mehr eine zwischen nationalen Formationen ist, sondern in entscheidender Weise auch innerhalb dieser Formationen erscheint. Unter der Wirkung des Imports immigrierter billiger Arbeitskraft, die mehr oder weniger von bürgerlichen und sozialen Rechten ausgeschlossen ist, des Abbaus der sozialen Sicherungen und der Deregulierungspolitiken schaffen die traditionellen Nationalstaaten nicht nur widersprüchliche Lebensverhältnisse sowie Ausschlussformen, die die Idee der »sozialen Staatsbürgerschaft« negieren. Man kann sogar weiter gehen und folgende These aufstellen: Die »supra-nationalen« politisch-ökonomischen Ensembles, die durch ihre Herausbildung den nationalen Rahmen relativieren und gleichzeitig die staatlichen Integrationsmechanismen der sozialen Konflikte auf erweiterter Stufenleiter reproduzieren – wofür die EU ein typischer Fall ist –, sind systematisch auf den Spaltungen der *Wohlstandsgefälle*, den Mechanismen der Ungleichheit und der internen Exklusion, aufgebaut.

In dieser Situation tauchen von Neuem die »gefährlichen Klassen« im politischen Raum auf. Oder allgemeiner gesagt: In das politische Feld schreibt sich das gesamte Spektrum organisierter Gewalt ein, von rassistischer Diskriminierung und sozialer Ausgrenzung aus »Sicherheitsgründen« bis hin zur ethnifizierten Gegenwehr und zu kleinkriminellen Phänomenen, die wiederum die Militarisierung der sozialen Ordnung verschärfen. Man kann Poulantzas' Überlegungen zum autoritären Etatismus 20 Jahre später noch ein wenig weitertreiben. Die Krise des nationalsozialen Staats, die mit der Globalisierung und mit dem Prozess der Reproletarisierung zusammenfällt, findet ihre Ursache zugleich in den Zielen der herrschenden Klasse und leitet wiederum eine Reihe von nationalen und internationalen politischen Initiativen ein, die zum Vorschein bringen, was man eher als *präventive Konterrevolution* denn als Neoimperialismus bezeichnen könnte. Denn das Ziel ist nicht die Eroberung territorialer Einflusszonen, die in einer Zeit, in der Produktionsprozess und Mehrwertaneignung endgültig delokalisiert sind, sinnlos geworden ist. Eher geht es darum, einen »Krieg aller gegen alle« einzuleiten, eine Situation endemischer Gewalt, in der die Entstehung einer transnationalen sozialen, multiethnischen, multikulturellen Bewegung sich als unmöglich erweist.

Die Frage ist, ob eine solche »Politik«, in der sich finanzielle, militärische und humanitäre Aspekte miteinander verbinden, ihrerseits als Antwort eine »Revolution« hervorrufen wird oder zumindest eine Gegen-Konterrevolution. Man kann diese Politik auf die Verfolgung der Interessen der herrschenden Klasse oder einer ihrer Fraktionen zurückführen, das heißt, dass die Effekte der Reproletarisierung der Arbeiterklasse weltweit keineswegs ökonomisches Schicksal sind. Aber diese Politik kann durch die sozialen Kräfte, also Arbeiter, unterdrückte Völker, revolutionäre Intellektuelle, andere emanzipatorische und Widerstandsbewegungen, all jene, die zusammen das sind, was eine fortschrittliche Tradition »die Linke« oder »das Volk« nannte, nicht einfach umgekehrt werden. Die dramatische historische Erfahrung des 20. Jahrhunderts kann uns zumindest eines lehren, nämlich dass es keine Symmetrie geben kann zwischen den Strategien der herrschenden und der beherrschten Klassen, gerade weil die Wirklichkeit der Politik strategisch ist. Dies war auch die Lehre Machiavellis.

#### 4.

Selbst wenn die Einrichtung des national-sozialen Staats räumlich und zeitlich begrenzt gewesen sein sollte, so ist sie doch irreversibel. Das »Rad der Geschichte« dreht sich nicht zurück, ungeachtet aller Phänomene der zyklischen Reproduktion der Ausbeutungs- und Unterdrückungsmechanismen. Vor allem sollte man sich in Erinnerung rufen, dass die Bevölkerungen des Ostens die »Diktatur über das Proletariat« beendet haben, um ihrerseits in die Sphäre der sozialen Staatsbürgerschaft und nicht in die eines wilden Liberalismus einzutreten.

Die Phänomene extremer Gewalt, die heute die globale Politik charakterisieren und die tendenziell auf die physische Eliminierung der für die Ausbeutung »unnütz« gewordenen Bevölkerungsteile hinauslaufen, bringen nachdrücklich die *Unmöglichkeit, einen national-sozialen Staat zu errichten*, zum Ausdruck. In vielen Fällen ist dies gleichbedeutend mit der Unmöglichkeit, überhaupt einen Staat zu errichten, und zwar in einem großen Teil der Welt. Davon wird auch die soziale Situation in ihrem Innern und damit die Möglichkeiten der kollektiven Repräsentation und der Organisation von Politik, sogar der Gedanke der »Rechte« des Individuums weltweit bestimmt. Deshalb ist es unsere Aufgabe, die in Frage gestellte soziale Staatsbürgerschaft *gleichzeitig* zu verteidigen und auszudehnen (es ist im Übrigen unmöglich sie zu verteidigen ohne sie auszudehnen), und eine neue Form und ein neues Konzept der (Staats-)Bürgerschaft zu erfinden, das es insbesondere erlaubt, die grundlegenden Widersprüche des national-sozialen Staats zu überwinden. Es ist unmittelbar einleuchtend, dass uns diese Situation vor praktisch kaum zu lösende oder überhaupt nur benennbare Dilemmata stellt.

Dies beweist meines Erachtens auch die tendenzielle Aufspaltung der »sozialistischen« Tradition – vor allem in Europa – in zwei Diskurstypen, die sich spiegelbildlich aufeinander beziehen. Auf der einen Seite wurde, etwa von Habermas oder den »linken« Habermasianern, die Idee einer »post-nationalen« Politik entwickelt, deren Motor die grenzüberschreitende Ausweitung der Menschenrechte und der juristisch kodifizierten Kollektivverhandlungen ist, aber auf einer im wesentlichen moralischen Basis und unabhängig von einer wirksamen sozialen Mobilisierung. Auf der anderen Seite formieren sich Bewegungen, die die »Errungenschaften« der sozialen Staatsbürgerschaft verteidigen. Sie konzentrieren sich vor allem auf die staatlichen Funktionen, die diese garantieren, werden dadurch aber selbst zu Bewegungen, die den Staat und das Prinzip der geheiligten und idealisierten nationalen Souveränität verteidigen. Das kann dazu führen, dass sie sich praktisch und theoretisch den For-

derungen nach »nationaler Präferenz«<sup>5</sup> anschließen und diskriminierende Politiken gegen MigrantInnen rechtfertigen.

Diese Alternativen muss man verlassen, indem man die Verteidigung der sozialen Staatsbürgerschaft mit der Erfindung neuer Formen der (Staats-)Bürgerschaft verbindet. Es geht also um die Entwicklung einer fortschrittlichen Alternative zum national-sozialen Staat.

Eine solche Alternative müsste – wollte man es vorläufig und keineswegs erschöpfend beschreiben – mindestens drei grundlegende Dimensionen aufweisen: Sie muss erstens eine drastische Verringerung von *Wohlstandsgefällen* zur Folge haben, wie sie weltweit zwischen Regionen, manchmal auf demselben Kontinent oder gar im selben Land bestehen; Wohlstandsgefälle, die als Kluft zwischen Zonen der Verwüstung menschlicher und natürlicher Ressourcen und Distrikten mit angenehmem Ambiente erscheinen. Es geht hier um einen konzertierten Kampf gegen Unterentwicklung und ökologische Katastrophen. Zweitens muss die Alternative eine Dimension transnationaler (mehr noch als post-nationaler) (Staats-) Bürgerschaft beinhalten, die sich in meinen Augen eher »von unten« entwickeln wird als »von oben«, das heißt durch die Demokratisierung der Grenzen, eine gemeinsame Verwaltung der Migrationsströme, die sowohl die Interessen der Migranten berücksichtigen als auch mit den Herkunftsländern ausgehandelt werden muss; durch die Anerkennung der zivilen und politischen Rechte der Immigranten (oder eher der ausländischen Einwohner) in jedem Land und durch die Anerkennung des kulturellen Pluralismus und seines Beitrags zur Entwicklung jeder nationalen Kultur. Drittens muss eine solche Alternative eine Bewegung der Überschreitung der Formen und Grenzen sein, in denen der national-soziale Staat den Schutz der Individuen instituiert. Dabei wird aus dem Wunsch nach Emanzipation häufig eine soziologische Kategorisierung, eine Transformation von Unterschieden, was Bildung, Alter oder Sexualität angeht, in essentialistische und quantifizierte soziologische Differenzen. Man kann diese Tendenz deutlich bei den »Frauenrechten« oder beim »Schutz von Minderheiten« beobachten. Vor allem gegen diese Kategorisierung (die Deleuze »Codierung«, »Territorialisierung«, »Kontrollgesellschaft« genannt hat) hat sich der sogenannte »Individualismus« oder »Spontaneismus« der zeitgenössischen sozialen Bewegungen entwickelt. Es müssen also Wege gefunden werden, die soziale Staatsbürgerschaft von dem ihr eigenen Soziologismus und den bürokratischen Tendenzen zu befreien, die die Kategorien sozialer Teilhabe reifizieren – ohne die Verteidigung und Erweiterung des Prinzips der sozialen Sicherung aufzugeben.

Sind diese Ziele demokratisch? Ganz ohne Zweifel, und sie verlängern sogar die jahrhundertealte Bewegung einer *Erfindung der Demokratie*, der Erfindung neuer grundlegender Rechte, ohne die es keine Demokratie, sondern nur eine korporative »Repräsentation« der Gesellschaft innerhalb des Staates gibt. Sind sie »sozialistisch«? Vielleicht, zumindest zum Teil. Ich möchte aber unterstreichen, wie diese Ziele zur Erneuerung und Permanenz der Idee kommunistischer Politik beigetragen haben, jenseits eines Jahrhunderts des offiziellen Marxismus, sei er orthodox oder häretisch, der diese kommunistische politische Idee in die Grenzen des Programms eines »sozialistischen Übergangs« oder eines »Übergangs zum Sozialismus« eingeschlossen hat (also einer bloßen Alternative zum Kapitalismus, wenn nicht sogar bloß einer *Inversion des Kapitalismus*). Weil die Idee der kommunistischen Politik philosophisch betrachtet eine ethische Idee ist, die nicht abstrakt vorstellbar ist, werde ich drei Fragen stellen, auf die es nur eine Antwort gibt: Inwiefern ist eine kommunistische Position für die Neubegründung von (Staats-)Bürgerschaft jenseits des national-sozialen Staates unerlässlich? In welchem Sinne können wir sagen, dass Poulantzas letztendlich ein »Kommunist« war? Wer sind heute die Kommunisten? Ich werde also über den »Kommunismus von Nicos Poulantzas« sprechen und ich werde im Singular darüber sprechen. Die hier zu stellende Frage ist also nicht »Was?« (*Was ist der Kommunismus*), sondern »Wer?« (*Wer sind die Kommunisten?*). Mit dieser Formulierung – sie »kokettiert« mit einer Thematik, die durch Nietzsche und Heidegger berühmt geworden ist – lade ich auch dazu ein, das *Manifest der kommunistischen Partei* zu beerben, wo Marx sich innerhalb einer bestimmten Konjunktur fragte, was die Kommunisten waren und sein konnten.

»Sie kämpfen für die Erreichung der unmittelbar vorliegenden Zwecke und Interessen der Arbeiterklasse, aber sie vertreten in der gegenwärtigen Bewegung zugleich die Zukunft der Bewegung. ... Mit einem Wort, die Kommunisten unterstützen überall jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände. ... Die Kommunisten arbeiten endlich überall an der Verbindung und Verständigung der demokratischen Parteien aller Länder.« (MEW 4: 492f.)

Sicher hat sich die Bedeutung dessen, was Marx 1848 »Partei« nannte, im Laufe der letzten 150 Jahren grundlegend verändert. Man muss also zu seiner Idee zurückkehren, indem man den Akzent verschiebt: In allen politischen Bewegungen, sozialen oder »kulturellen« Kämpfen »vertreten«, d.h. *praktizieren* die Kommunisten die Vielfältigkeit der nicht aufeinander reduzierbaren emanzipatorischen Interessen selbst im Angesicht ihrer Radikalität; sie fordern und verwirklichen die Freiheit

nicht als Vereinzelung von Individuen und Gruppen, die Gleichheit nicht als Gleichförmigkeit, sondern die Freiheit und Gleichheit als Gegenseitigkeit der Individualitäten, als jene »Gemeinsamkeit«, die individuelle und kollektive Singularitäten einander bieten, zu der sie sich gegenseitig einladen. Dies steht selbstverständlich (wie das auch bei Marx der Fall war) in einem wesentlichen Zusammenhang zur (Staats-)Bürgerschaft, aber es richtet sich *gegen* eine staatliche Form der Verwaltung des »Pluralismus« durch formelle Regeln und administrative Zwänge.

Für mich zeigt sich der Kommunismus von Nicos Poulantzas in der Verbindung zweier Elemente: im *praktischen* Internationalismus, das heißt der unablässigen Suche nach grenzüberschreitender Begegnung und Kommunikation zwischen Emanzipationsbewegungen, und im Beharren auf der Notwendigkeit, die Trennung von Hand- und Kopfarbeit zu überwinden, um die Wurzeln des »Bürokratismus« in Staat und Partei zu beseitigen und um eine *offene* Dialektik der institutionellen »repräsentativen Demokratie« und der popularen oder assoziativen »direkten Demokratie« zu ermöglichen, ohne die es keine neue (Staats-)Bürgerschaft geben wird.

Die Entwicklungen der Globalisierung, die Konzentration kultureller und ökonomischer Macht und, als Reaktion darauf, der religiöse und laizistische Nationalismus laufen diesen Forderungen vielfältig entgegen. Es sind die gleichen Hindernisse, die einen Ausweg aus der Krise des national-sozialen Staats blockieren.

Ich würde mit einem Wortspiel sagen: Nicos Poulantzas war ein typischer »Kommunist des Innern«<sup>6</sup>, nicht nur des Innern seines Landes, sondern des *Innern der sozialen, intellektuellen und politischen Praktiken*, so wie wir es heute sein müssten, während die Idee eines *Kommunismus von Außen* jeden Bezug zur Wirklichkeit verloren hat (wenn auch nicht im Imaginären, wo die Phantome ein langes Leben haben). Diese ganz eigene Topologie des kommunistischen Kampfes als den Kämpfen immanent und zwischen ihnen zirkulierend wurde ironischerweise durch ihn »theoretisiert« (gegen die Idee einer für den Kommunismus von Außen sinnbildlichen »Doppelherrschaft«): »Soweit diese Kämpfe und Bewegungen politisch sind, stehen sie niemals außerhalb...« (238) Es ist das Außerhalb des Staates, der Institutionen, aber mehr noch der Praktiken, die diesen zugrunde liegen. Weiter heißt es nämlich dialektisch: Die Kämpfe für eine »radikale Transformation« des Staates oder, wie ich es nennen würde, für eine aktive (Staats-)Bürgerschaft, welche genau aus diesem Grund nicht außerhalb des Staates sein können, stellen sich nichtsdestotrotz notwendig in die globale Perspektive eines »Absterbens des Staates« Heute sind Poulantzas und andere nicht mehr da. Aber die kommunistischen Citizens oder die Kommunisten der (Staats-)Bürgerschaft sind immer noch da. »Unsichtbar«,

weil sie weder Armee, noch Lager, Partei oder Kirche haben. Es ist ihre Art zu existieren.

Aus dem Französischen von Serhat Karakayali und Stephan Adolphs  
Anmerkungen der Übersetzer:

- 1 Der Text geht zurück auf einen Vortrag auf dem internationalen Kolloquium in Erinnerung an Nicos Poulantzas, »Politik heute«, in Athen, 29.9. – 2.10.1999
- 2 Poulantzas (1978b) wird im Folgenden nur unter Nennung der Seitenzahl zitiert.
- 3 Den Begriff der Citoyenneté haben wir hier mit »(Staats-)Bürgerschaft« übersetzt, um die Genealogie der von Étienne Balibar analysierten »Äquivalenz zwischen (Staats-)Bürgerschaft und Nationalität« anzudeuten.
- 4 Balibar zitiert eine in der deutschen Übersetzung nicht enthaltene Stelle aus Poulantzas' *Staatstheorie*. (Vgl. Poulantzas 1978a, 238) (Anm.d.Ü.)
- 5 Die »préférence nationale« (Bevorzugung der »Einheimischen« bei der Vergabe von Arbeitsplätzen, Wohnungen etc.) gehört zum Forderungskatalog der französischen Rechten. (Anm.d.Ü.)
- 6 Eine Anspielung auf Poulantzas' Mitgliedschaft in der eurokommunistisch orientierten Griechischen Kommunistischen Partei (Inland): ein *communiste de l'intérieur*.

Literatur:

Castel, Robert (2000), *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*, Konstanz.

Poulantzas, Nicos (1978a), *L'État, le pouvoir, le socialisme*, Paris.

Poulantzas, Nicos (1978b), *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie*, Hamburg.